Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/3599

01. 07. 85

Sachgebiet 188

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Verheugen, Catenhusen, Dr. Scheer, Bahr, Duve, Horn, Jungmann, Schulte (Unna), Dr. Soell, Voigt (Frankfurt), Wolfram (Recklinghausen) und der Fraktion der SPD
— Drucksache 10/2787 —

Nichtverbreitung von Atomwaffen

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache 10/2787 — abzulehnen.

Bonn, den 27. Juni 1985

Der Auswärtige Ausschuß

Frau Huber	**Lamers**	**Verheugen**	**Frau Kelly**
Stellv. Vorsitzende	Berichterstatter		

Bericht der Abgeordneten Lamers, Verheugen und Frau Kelly

Der Antrag der Fraktion der SPD „Nichtverbreitung von Atomwaffen" wurde in der 117. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Januar 1985 diskutiert und anschließend zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für Forschung und Technologie und an den Verteidigungsausschuß überwiesen.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie beschloß in seiner Sitzung vom 19. Juni 1985 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Auch der Verteidigungsausschuß empfahl in seiner Sitzung vom 19. Juni 1985 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN Ablehnung des Antrages.

Der federführende Auswärtige Ausschuß konnte die Voten der mitberatenden Ausschüsse bei der Beschlußfassung berücksichtigen. Er hat in seiner 48. Sitzung am 26. Juni 1985 die Vorlage beraten und sie mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Die Diskussion stand unter dem Vorzeichen der Bedeutung der dritten Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag, die im Herbst 1985 in Genf stattfinden wird. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Atomwaffensperrvertrag im Jahre 1995 ausläuft und eine Verlängerung des Vertrages nur dann zu erwarten sei, wenn bis dahin sichtbare Schritte zur nuklearen Abrüstung erkennbar seien. Die Bundesregierung müsse Interesse daran haben, die Wirksamkeit des Vertrages zu erhöhen.

Bei den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP zeigte sich in grundsätzlichen Fragen (z. B. umfassendes Teststopp-Abkommen) vielfach Übereinstimmung; bei anderen Fragen ergaben sich jedoch unterschiedliche Meinungen. Angesprochen wurden u. a. die Nichterhöhung der Zahl der Kernwaffenstaaten, die Nichtverbreitungspolitik, die friedliche Nutzung der Kernenergie, aber auch die Möglichkeit einer Konferenz aller Kernwaffenstaaten über nukleare Abrüstung.

Im Gegensatz zu den anderen Parteien vertritt der Berichterstatter der Fraktion DIE GRÜNEN die Auffassung, daß die Bundesrepublik Deutschland von 1974 bis heute eine gefährliche Nuklearpolitik betrieben habe, durch die die vertikale und die horizontale Proliferation gefährdet worden sei. Die GRÜNEN seien der Ansicht, daß die zivile und militärische Kernenergienutzung nicht zu trennen sei.

Der Auswärtige Ausschuß bittet den Deutschen Bundestag, dem Votum des Ausschusses zu folgen.

Bonn, den 27. Juni 1985

Lamers **Verheugen** **Frau Kelly**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333